

2. JAN 1963
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/1

Bonn, den 2. Januar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1-	<u>Richtungweisende Feststellung</u> Zur Sylvesteransprache des Bundespräsidenten	43
2 - 4	<u>Deutsche Politik in Afrika</u> Was haben wir getan? - Was ist noch zu tun? Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB	142
5 - 6	<u>Pankow bemüht sich um Südostasien</u> Ziel: Diplomatische Anerkennung Von Eberhard Zachmann, Berlin	75
6	<u>Notwendige Auflockerung</u> Der "Planungsstab" im Auswärtigen Amt	18

Chefredakteur Günter Markscheffel

Richtungweisende Feststellung

Zur Sylvesteransprache des Bundespräsidenten

"Glücklich die Staaten, in denen die Bürger wissen wollen, aus welchen geistigen und moralischen Quellen diejenigen ihre Kräfte schöpfen, die führend sind in Gesellschaft und Staat, und weiter, ob ihre Fähigkeiten und ihr natürlicher Ehrgeiz, etwas leisten zu wollen, im rechten Verhältnis stehen zu ihrem Rechtsinn, ihrer Wahrheitsliebe und den anderen Werten unserer sittlichen Ordnung".

Aus der Sylvesteransprache des Bundespräsidenten Lübke.

* * *

*

Bundespräsident Lübke fehlt es nicht an moralischem Mut. Er hat ihn wiederholt bewiesen. Seine Ansprachen zeichnen sich nicht durch rethorischen Glanz aus, doch sie sind der unverfälschte Spiegel einer Persönlichkeit, deren Hauptmerkmale Integrität, ein unerschütterlicher Rechtsinn und Wahrheitsliebe sind, - Qualitäten, die unser Volk in solchen Zeiten wie den heutigen bitter nötig hat.

In der Sylvesteransprache des Jahres 1961 hatte Bundespräsident Lübke eine beschwörende Mahnung an die demokratischen Parteien und an alle politisch wirkenden Kräfte unseres Volkes gerichtet, die Verketterung des politisch Andersdenkenden - Gift für jede Demokratie - zu unterlassen und sich als Weggefährten für ein gemeinsames, am Gesamtwohl des Volkes orientiertes Ziel zu betrachten.

Nicht immer fand diese Mahnung gleichmässige Resonanz - die Begleiterscheinungen des bayerischen Landtagswahlkampfes stellten einen schlimmen Rückfall dar -, doch heute, zwölf Monate nach jener bemerkenswerten Rede unseres Bundespräsidenten, ist doch auf dem Gebiet der parteipolitischen Auseinandersetzung ein Wandel zum Guten zu verzeichnen, sind Tabus gefallen. Das innenpolitische Klima hat dadurch insgesamt gewonnen.

Ist eine ähnliche Wirkung von der letzten Sylvesteransprache Dr. Lübkes zu erwarten? Wir wollen es hoffen.

Der Bundespräsident wurde zum Dolmetscher aller jener, die sich um die Erhaltung der demokratischen Substanz unseres Staates und der Rechtssicherheit Sorge machten. Er legte eine Wunde bloss, die zwar nicht zur Staatskrise führte, wohl aber eine heilsame Besinnung in unserem Volke für das, was es zu schützen gilt, auslöste. Rechtssinn und Wahrheitsliebe - das sind die Fundamente, auf denen wir den Weg zu einer gesicherten Zukunft finden können und werden. Lübke nannte keine Namen, weder von Personen noch von Parteien; doch jedermann dürfte wohl wissen, wer gemeint ist. Sein Gewissen und sein untrügliches Gespür für die rechte, auf sittlichen und moralischen Qualitäten beruhende Ordnung, haben ihn zu diesen richtungweisenden Feststellungen inspiriert.

Dafür gebührt ihm der Dank aller Deutschen und gerade der Dank unserer jungen Generation. Sie braucht, um Verantwortung zu erkennen und später sie zu tragen, gerade den Blick zu jenen Quellen, aus denen Stärke und Rechtschaffenheit eines demokratischen Staates fliessen.

Deutsche Politik in Afrika

Was haben wir getan? - Was ist noch zu tun?

Von Hans-Jürgen Wischnewski, MdB

Das Jahr 1960 war das Jahr Afrikas. Die Entwicklung blieb seitdem nicht stehen, sondern ging rasant weiter. Der Kontinent Afrika blieb auch weiterhin ein entscheidender Faktor der Weltpolitik. 32 afrikanische Stimmen werden in der UNO Vollversammlung jetzt abgegeben; ohne die Südafrikanische Union. 1963 werden weitere Staaten hinzukommen. Es ist aber an der Zeit, die politische Position der Bundesrepublik in Afrika zu überprüfen.

27 deutsche Botschaften im unabhängigen Afrika

Alle unabhängigen afrikanischen Länder haben diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik. Wir haben in Afrika viele neue Freunde gewinnen können. Es gibt kein Land dieses Kontinents, das uns ausgesprochen feindlich gesinnt ist. Sicher gibt es auch einige Länder, mit denen wir Schwierigkeiten haben. Die Bundesrepublik ist trotz einiger vermeidbarer Pannen mit der neuen Situation recht gut fertig geworden. Das ist eine positive Beurteilung, die uns aber nicht dazu verleiten darf, die Hände selbstzufrieden in den Schoß zu legen. In diesem Kontinent ist noch alles im Fluss; wir haben hier nicht nur heute und morgen, sondern noch auf Jahrzehnte hinaus grosse Aufgaben zu bewältigen.

27 deutsche Botschaften im unabhängigen Afrika sind um die Vertretung der Interessen der Bundesrepublik bemüht. Die meisten unserer Diplomaten haben ihre Aufgaben ausgezeichnet lösen können. Sie haben sehr schnell feststellen müssen, dass in Afrika das offene und herzliche Wort mehr gilt als der Weg der klassischen Diplomatie. So hat manche Botschaft in Afrika nicht nur unsere Interessen zu vertreten, sondern im Gastland auch Beraterfunktionen zu übernehmen. Wer das nicht kann, ist in Afrika fehl am Platz. Das muss mehr als bisher bei der Ausbildung unserer jungen Diplomaten berücksichtigt werden. In Bezug auf diese besonderen Aufgaben sind eine Reihe von Botschaften in Afrika personell unterbesetzt.

Afrika und die EWG

Das neue Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit ihr assoziierten 17 afrikanischen Staaten und Madagaskar ist in diesen Tagen unterzeichnet worden. Das Abkommen muss noch von den Parlamenten in Europa und Afrika ratifiziert werden. Die Bundesrepublik hat im Rahmen dieses Abkommens, das für die Jahre 1963 bis 1969 gilt, mehr als ein Drittel der vorgesehenen Hilfsleistungen zu erbringen. Aber nicht nur deshalb, sondern auch aus politischen Gründen haben wir dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Nur 22 Prozent der afrikanischen Bevölkerung sind assoziiert. In diesen Ländern kann man mit dem neuen Abkommen trotz der langen und oft schwierigen Verhandlungen sicher zufrieden sein. In den nicht assoziierten unabhängigen afrikanischen Ländern wird das Misstrauen gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft weiter wachsen. Die Kommunisten werden das ihre dazu beitragen. Einen Teil der Schuld für diese durchaus besorgniserregende Situation müssen der

Ministerrat, die Kommission und die diplomatischen Vertretungen der EWG Mitgliedsländer in den nichtassoziierten afrikanischen Ländern übernehmen, die nicht für eine entsprechende Aufklärung über die Ziele der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Sorge getragen haben. Die Vorstellungen in einigen afrikanischen Ländern über die europäische Wirtschaftsgemeinschaft sind bis in die Regierungsspitzen hinein geradezu sagenhaft falsch. Aber natürlich ist dies nicht nur das Ergebnis mangelhafter Aufklärung; auch berechtigte Sorgen um die eigenen Interessen spielen eine Rolle.

Gruppendenken des Westens muss aufhören !

Schon jetzt lässt sich mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass die Mitgliedschaft Grossbritanniens in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht zur Assoziation der Länder des Commonwealth in Afrika führen wird. Die Feststellung, dass die Assoziation gegebenenfalls auch zu einem späteren Zeitpunkt möglich ist, die Tür offen bleibt, hilft nicht weiter. Wenn jetzt von besonderen Handelsverträgen zwischen den Ländern des Commonwealth und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gesprochen wird, so sollte man hier keine falschen Hoffnungen erwecken. Den sicher guten Absichten sind durch das GATT sehr enge Grenzen gesetzt.

Neben den assoziierten afrikanischen Ländern und den Mitgliedern des Commonwealth gibt es denn eine dritte Gruppe von afrikanischen Ländern, die weder an die EWG noch an das Commonwealth gebunden sind. Die Bedeutung dieser Länder darf nicht unterschätzt werden. Auf die Dauer ist diese Dreiteilung Afrikas untragbar.

- * Nicht nur der Bundesrepublik allein, sondern Europa und
- * der ganzen westlichen Welt können dadurch nur zusätzliche
- * Schwierigkeiten entstehen. Wir müssen deshalb zu einer
- * Vereinheitlichung unserer Politik gegenüber Afrika kom-
- * men. Das Gruppendenken muss aufhören. Soweit es die
- * Europäische Wirtschaftsgemeinschaft betrifft, sollte ins-
- * besondere die Bundesrepublik mutig auf diesem Weg voran-
- * schreiten. Das neue Assoziierungsabkommen für die näch-
- * sten fünf Jahre kann durchaus als Übergangszeit gelten,
- * nach der eine Angleichung und einheitliche Politik
- * gegenüber dem gesamten Afrika zwingend notwendig ist.
- * Auf die notwendige Abstimmung dieses Weges mit der Ver-
- * einigten Staaten braucht nicht besonders hingewiesen
- * werden.

Bis dahin darf die Assoziation durch bestimmte neue Assoziationen nicht politischen Belastungen ausgesetzt werden. Die Assoziation von Süd-Rhodesien z.B. wäre eine politische Belastung, die die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht verkraften könnte.

Einer einheitlichen Politik gegenüber Afrika kommt schon deshalb besondere Bedeutung zu, weil auch die innerafrikanische Zusammenarbeit Fortschritte gemacht hat. Die Gruppen von Monrovia und von Casablanca sind sich näher gekommen. Die Einigung ist im Jahre 1963 durchaus möglich.

Gefahren: Portugiesischer Kolonialismus...

Das Zeitalter des Kolonialismus ist zwar zu Ende, aber nach wie vor hält Portugal am Kolonialsystem fest. Das ist für die gesamte westliche Politik in Afrika eine schwere Belastung. Das Auftauchen von aus der Bundesrepublik kommenden Waffen im Angola-Krieg auf portugiesischer Seite

hat sich in vielen Ländern Afrikas für die Bundesrepublik geradezu katastrophal ausgewirkt. Daran hat auch das Dementi des Auswärtigen Amtes nicht viel ändern können.

- * Es gibt keine NATO-Bestimmung, die uns dazu verpflichten kann, Waffen für Kolonialkriege zur Verfügung zu stellen. Wir wollen und dürfen mit Kolonialkriegen nicht das Geringste zu tun haben! Im übrigen ist es an der Zeit die portugiesische Kolonialpolitik in den zuständigen NATO-Grekien zur Sprache zu bringen.

... und Rassentrennung in Südafrika

Die Politik der Rassentrennung in der Südafrikanischen Union ist weiter verschärft worden. Freundschaft mit Afrika und mit der Südafrikanischen Union ist nicht möglich. Wir haben uns längst für die Freundschaft mit Afrika entschieden. Wir erwarten daher, dass sich die Bundesregierung in den Beziehungen zur Südafrikanischen Union äusserste Reserve auferlegt. Wir Sozialdemokraten werden im Rahmen unserer Möglichkeiten die Politik der Rassentrennung bekämpfen.

Voraussetzungen für konstruktive Zusammenarbeit

Der Kommunismus ist in Afrika nicht weitergekommen, im Gegenteil, er hat zurückstecken müssen. Das entbindet uns nicht von weiterer Wachsamkeit. Aber wir dürfen keine Angst haben, und wir brauchen keine Anti-Propaganda zu betreiben. Eine Politik unsererseits, die von folgenden Grundsätzen ausgeht, lässt dem Kommunismus in diesem Kontinent keine Chance:

1. Verständnis für Afrika und seine Entwicklung
2. Uneigennützigte Hilfe.
3. Klare und eindeutige Abgrenzung von jeder Form des Kolonialismus und der Rassenpolitik.
4. Anerkennung des afrikanischen Wunsches nach Neutralität.

Den afrikanischen Wunsch nach Bündnisfreiheit und Neutralität sollen wir nicht etwa als notwendiges Übel anerkennen, sondern weil auch wir diesen Weg für Afrika für den richtigen halten. Wir suchen in Afrika keine Verbündeten in der Ost-Westauseinandersetzung. Nur so finden wir Freunde und Verständnis auch für unsere Probleme.

Besondere Aufgaben für die Bundesrepublik

Von Entwicklungshilfe soll hier nicht die Rede sein, trotzdem sie natürlich ein entscheidender Faktor unserer Politik gegenüber Afrika sein muss. Fest steht jedenfalls, dass Afrika bei den bisherigen Zusagen nicht in dem notwendigen Maße berücksichtigt worden ist, zumal unseres Wissens der Tophat nicht in Afrika liegt und deshalb auch eventuell dafür vorgesehene Kredithilfen nicht diesem Kontinent zugerechnet werden können. Auch der Handel der Bundesrepublik mit Afrika ist rückläufig. Wenn die Schuld dafür auch nur zum Teil bei der deutschen Wirtschaft liegt, muss die Bereitschaft unserer Wirtschaft zum Engagement in Afrika auf alle Fälle grösser werden. - Die Zusammenarbeit der Organisationen und Institutionen, die sich in der Bundesrepublik mit Afrika beschäftigen, muss besser werden. Afrika kann nur der verstehen, der bereit ist, diesem Kontinent zuerst Verständnis entgegenzubringen. Manche Afrikaner gehen nur deshalb enttäuscht aus der Bundesrepublik fort, weil wir zwar von ihnen erwarten, dass sie unsere Probleme kennen, wir aber nur zu oft beweisen, dass wir ihre Probleme zu wenig kennen. Unsere politische Position in Afrika ist nicht schlecht. Sie kann noch besser werden. Das erfordert Hingabe für diese Aufgabe, Arbeit und auch Opfer. Die Völker Afrikas werden beides zu würdigen wissen.

2. Januar 1963

Pankow bemüht sich um Ostasien

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Die Regierung in Ostberlin, vor allem aber auch die in der Sowjetzone bestehenden Organisationen für Kontakte mit dem Ausland, haben im Jahre 1962 ihre Bestrebungen auf eine Intensivierung des Pankower Einflusses in den jungen Nationalstaaten Südostasiens gerichtet. Ziel dieser Aktionen ist die Vorbereitung des Bodens für die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen, wobei zunächst - wenn nicht aller Anschein trägt - an Laos und Kambodscha gedacht ist.

Es ist erstaunlich, welche Mühen Pankow gerade im Jahre 1962 aufgewandt hat, um in Südostasien eine Bresche in die Front der sogenannten paktfreien Staaten zu schlagen. So entschloss man sich Ende 1961 eine "Deutsch-Südostasiatische Gesellschaft in der DDR" zu gründen, die ähnlich wie die "Deutsch-Arabische Gesellschaft" und die "Deutsch-Lateinamerikanische Gesellschaft in der DDR" die Aufgabe erhielt, unter Ausnutzung der antikolonialistischen Haltung der südostasiatischen Völker und unter gleichzeitiger Diffamierung der Bundesrepublik Deutschland als einem "imperialistischen Staat" um Verständnis für die Pankower Politik zu werben.

In dem Gründungsauftrag hieß es, es sei Aufgabe der Gesellschaft, "die vielen neuen Verbindungen, die sich auf den verschiedenen Gebieten des kulturellen, wissenschaftlichen und öffentlichen Lebens zwischen der DDR und den jungen Nationalstaaten Südostasiens entwickelt haben, zu pflegen."

Auf dem Umweg über die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen hatte Pankow schon seit längerer Zeit in den wichtigsten Ländern Südostasiens wie zum Beispiel in Indien und Indonesien, pseudokonsularische Vertretungen geschaffen, deren Repräsentanten sich bei allen möglichen Gelegenheiten das Prestige eines voll anerkannten Diplomaten zu geben versuchten, ohne allerdings den Vorrang der Bundesrepublik beseitigen zu können.

Die verstärkte Aktivität Pankows in Südostasien läßt es notwendig erscheinen, daß nicht nur die Berliner Regierung, sondern auch die Öffentlichkeit Westdeutschlands ihre Aufmerksamkeit auf die Pläne Pankows lenken. Mit der Erklärung eines indonesischen Regierungsvertreters gegenüber Außenminister Schröder, Djakarta sei nicht zur Anerkennung der "DDR" bereit, und mit der Hoffnung, die Auswirkungen des chinesisch-indischen Konfliktes würden künftig alle Pankower Vorstöße neutralisieren, ist es nicht getan.

Es ist sicher kein Zufall, daß der Präsident und Vizepräsident der neuen Pankower "Deutsch-Südostasiatischen Gesellschaft", der Gesundheitsminister Seifrin und ZK-Sekretär Hager als Reisediplomaten in Südostasien tätig waren. Seifrin besuchte als "Sonderbotschafter des Staates der DDR" zweimal südostasiatische Länder, nachdem ZK-Sekretär Hager bereits im August '61 eine Propagandatour durch Indien und Indonesien absolviert hatte. Im Frühjahr 1962 besuchte eine weitere "DDR-Delegation" unter Leitung des stellvertretenden Ostberliner Oberbürgermeisters Waldemar Schmidt Indien, Indonesien und Ceylon. Etwa zur gleichen Zeit machte eine Delegation des Ostberliner FDJ-Zentralrats eine zweimonatige Reise durch südostasiatische Staaten, wobei "Kontakte zu 83 Jugendorganisationen in diesen Ländern hergestellt wurden."

Neben den wirtschaftlichen Aspekten versteht es Pankow auch, die kulturellen Interessen in den Vordergrund zu stellen. So gehört zum Beispiel auch der bekannte Indologe der Ostberliner Universität, Professor Walter Ruben (SED), zum Präsidium der neuen Gesellschaft, ein Mann, der internationalen Ruf besitzt, zumal er während der Nazi-Zeit als emigrierter Professor in der Türkei tätig war.

Wenn auch im gegenwärtigen Zeitpunkt Pankows Aussichten, in den wichtigsten Staaten Südostasiens zum Zuge zu kommen, sehr gering sein mögen, so erhofft sich offenbar die Ostberliner Regierung in Laos und Kambodscha gewisse Erfolge. Die laotische Regierung, die nach dem Genfer Abkommen zur Neutralität verpflichtet ist, hatte bereits am 24. Juni 1962 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Pankow beschlossen und erklärt, ein solcher Schritt stehe nicht im Widerspruch zur Neutralität.

Auch in Kambodscha sieht Ostberlin seinen Weizen blühen. Schon im Juli wurde von der Regierung von Kambodscha einem Zonen-Generalkonsul das Exequatur erteilt, und im Oktober wurde der neuernannte "Generalkonsul der DDR", Max Kleinberg, vom Staatschef, Prinz Sihanouk, empfangen. Anlässlich des 13. Jahrestages der Sowjetzonenregierung konnte der Generalkonsul auf einem Empfang den Präsidenten des Parlaments und den Ministerpräsidenten von Kambodscha begrüßen.

Offensichtlich setzte Pankow am Ende des Jahres 1962 den Hebel in Laos und Kambodscha an, um eine erste diplomatische Anerkennung durch einen neutralistischen Staat durchzusetzen. Im Falle von Laos wäre damit eine Verletzung der Hallstein-Doktrin gegeben, da Bonn diplomatische Beziehungen zu Laos unterhält. Zu Kambodscha konnte die Bonner Regierung trotz aller Bemühungen bisher keine diplomatischen Beziehungen aufnehmen, so daß hier durchaus die Gefahr bestehen könnte, daß Pankow das Rennen macht.

+ + +

Notwendige Auflockerung

Der "Planungsstab" im Auswärtigen Amt

sp - Das Bonner Auswärtige Amt will gleich zu Beginn des neuen Jahres den von Aussenminister Schröder gewünschten "Planungsstab" zusammenstellen. Ausserdem sollen mehrere Abteilungen zusammengelegt werden, um auf diese Weise die Effektivität der Gesamtarbeit des AA zu erhöhen.

Der "Planungsstab" im AA soll nicht nur organisatorisch, sondern auch politisch koordinieren; er soll durch vorbereitende Arbeiten der Praxis unserer Diplomatie gute Fundamente geben. In gewissem Sinne scheint sich Aussenminister Schröder am Beispiel Kennedys orientiert zu haben, der ebenfalls mit Hilfe eines Planungsstabes für die Gesamtpolitik der USA hervorragende Leistungen erzielen konnte. - Der Auswärtige Ausschuss des Bundestages wird sich das Ergebnis der amtsinternen Reorganisation des AA gut ansehen müssen. Es sollte nämlich nicht sein, daß der "Planungsstab" nur zu einem Abstellgleis für Karriere-Diplomaten wird, die irgendwo und irgendwann einmal einen Fehler begangen haben. Kennedy hat für seinen Planungsstab unabhängige Frauen und Männer aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zur Mitarbeit herangezogen und damit gute Erfahrungen gemacht. Auch unser Auswärtiges Amt könnte sicher eine solche Auflockerung gut vertragen.

+ + +